A5 Fortbestand Obdachlose mit Zukunft (OMZ) sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Anträge

Antragstext

HINWEIS: Der Vorstand der GJ Köln ist Mitantragsteller

Wir Kölner Grünen unterstützen die geplante Erstellung eines "Kölner Konzeptes gegen Wohnungslosigkeit", wobei die Menschenwürde oberste Leitlinie sein muss. Parteiübergreifend besteht Einigkeit darin, dass deshalb vor allem keine neue Wohnungslosigkeit entstehen darf. Dies gilt es auch beim anstehenden Ortswechsel des Projekts "Obdachlose mit Zukunft (OMZ)" nach Merheim zu vermeiden. Das derzeitige Gebäude in der Gummersbacher Straße war immer nur als Interimslösung geplant - zunehmende bauliche Mängel machen einen Auszug notwendig. Im Vorfeld fand hierzu ein konstruktiver Dialog zwischen Sozialverwaltung, OMZ sowie dessen Unterstützer*innen statt. Nun gilt es, dies zeitlich zu synchronisieren und für einen barrierefreien Übergang zu sorgen.

In diesem Sinne fordern wir die Stadtverwaltung auf, dafür Sorge zu tragen, dass…

- es von städtischer Seite das Angebot eines nahtlosen Übergangs für die jetzigen Bewohner*innen der Gummersbacher Straße gibt, ohne zwischenzeitlichen Zwang zur Nutzung von Notschlafstellen oder ähnlichen Unterkünften.

- entsprechend des von den Grünen mitgetragenen Ratsbeschlusses vom 29.6.2020, von den Bewohner*innen der Gummersbacher Straße niemand aufgrund der Nationalität und davon abgeleiteten Rechtsnormen von einer dauerhaften Unterbringung ausgeschlossen wird.

- allen sich zu Gewaltfreiheit bekennenden Bewohner*innen der Gummersbacher Straße, für die keine Möglichkeit zur Unterbringung in der neuen OMZ-Location besteht, ebenso nahtlos eine dauerhafte Unterbringung angeboten wird.

- alle Maßnahmen unterlassen werden, die zu einer erneuten Eskalation wie im Jahr 2020 führen könnten.

Wir möchten den vertrauensvollen Prozess zwischen Verwaltung und OMZ sowie dessen Unterstützer*innen jetzt zum Erfolg führen. Dafür muss ggf. auch die Nutzungsdauer der Gummersbacher Straße verlängert werden, um einen nahtlosen Übergang für alle zu gewährleisten. Nachdem die Sozialverwaltung einen neuen, dauerhaften Standort organisiert hat, haben wir volles Vertrauen, dass auch diese letzten offenen Fragen auf Basis der oben genannten Kriterien gelöst werden.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Bis zum 9. Mai schienen die Gespräche für den OMZ-Umzug auf ein einvernehmliches Ergebnis hinauszulaufen. Erst am 11.5. wurde klar, dass bei zentralen, als geeinigt empfundenen Punkten Diskussionsbedarf besteht. Die Antragsfrist am 7.5. war deshalb nicht einzuhalten. Eine Vertagung und Befassung auf einer kommenden Kreismitgliederversammlung käme zu spät. Dies würde im Endeffekt einer impliziten Zustimmung der Kölner Grünen zu einem non-konsensualen und konfliktträchtigen Vorgehen der Verwaltung gleichkommen.